



Andreas Speit
Der rechte Rand

Wie Musiker rechte Botschaften streuen

Sie ist eine der wenigen weiblichen Stars des Rechtsrocks: die Liedermacherin Karin Mundt aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde. Sie tritt auch unter dem Pseudonym „Wut aus Liebe“ auf. Immer wieder spielte sie in der Szenekneipe „Titanic“ in Neumünster, 2020 als Vorband für eine der ältesten Rechtsrockbands in Deutschland „Oidoxie“. An die 90 Fans aus der einschlägigen Szene kamen – von der NPD bis zu den Freien Kräften. Es war eines der letzten Konzerte vor der Pandemie.

In den vergangenen zwei Jahren waren die Aktivitäten der Rechtsrock-Szene in Schleswig-Holstein durch die staatlichen Maßnahmen stark beeinträchtigt. Konzerte aber auch kleinere Liederabende fanden kaum statt. Nur vier konspirative Musikveranstaltungen ohne Außenwirkung beobachtete der Verfassungsschutz in Kiel.

Die Musiker:innen waren aber nicht inaktiv. „Musik ist für sie ein Mittel, sich selbst, ihre Sicht auf die Welt, sowie ihre Gefühle auszudrücken“, sagt Jan Raabe, Experte für Rechtsrock. Dieses Motiv haben sie letztlich mit anderen Künstler:innen gemein. Die Botschaft ist jedoch hoch politisch aufgeladen – und weit rechts. Mundt etwa singt gerne über die Liebe zum Vaterland und zu den „harten Kerlen“.

Rechtsrock, sagt Raabe, sei ein Angebot für Jugendliche auf der Suche nach ihrer politischen Richtung und musikalischen Orientie-

Ihre CDs heißen „Tag der Abrechnung“ und „Verkommener Zeitgeist“

rung und die finde eben zwischen dem 13. und 15. Lebensjahr statt. Raabe denkt aber nicht, dass Rechtsrock, wie so oft eingeworfen wird, „die Einstiegsdroge“ sei, weil das Hören „eben nicht automatisch zur Übernahme der Ideologie“ führe. Mehrere Einflüsse müssten zusammenwirken, wie das Elternhaus, Peerguppen oder die gesellschaftliche Stimmung.

Alleine 2021 erschienen 80 CDs deutscher Rechtsrockbands. Es gibt 25 Labels und etwa 60 Vertriebe. In Schleswig-Holstein veröffentlichte „Wut aus Liebe“ mit „Blutlinie“ eine Split-CD. Beide Musikprojekte haben bundesweite Bedeutung. Blutlinie aus dem Kreis Dithmarschen spielte 2019 auf einem der großen Rechtsrockfestivals, „Tage der nationalen Befreiung“. Ihre CDs heißen „Tag der Abrechnung“ und „Verkommener Zeitgeist“.

Beide machen klassischen Rechtsrock. Sie mobilisierten zu einer Solidaritätsdemonstration für die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck, wie Till Stehn und Marius Sibbel in der Studie „Rechte Klangwelten“ schreiben. Die Autoren weisen auf das neue Projekt der Band und der Liedermacherin hin: „Kreuz Nord-Ost“. Im Duett versichern beide einander zusammenzuhalten, nicht bloß zu quatschen, sondern auch was zu tun, und sie begrüßen, dass ein deutscher Junge in der Schule nicht mehr Opfer einer nicht-deutschen Gang sein will.

Zum Stil der Szene gehören längst Rap, Neon Folk oder Black Metal – ein Angebot von Message-Musik auch mit Aktualitätsbezug. Wegen den Pandemie-Maßnahmen beklagt Blutlinie in „Klopapier-Nation“ das Hamstern und fabuliert von einer geheimen Weltregierung. Auf Youtube rief Mundt auf, sich gegen die Maskenpflicht zu engagieren und spricht von der „Notwendigkeit eines Volksaufstandes“.



Hitler zur Macht
verholfen: der damalige Reichspräsident mit dem frisch gebackenen Kanzler
Foto: dpa

Hindenburg ist keine gute Adresse

Mit allen Mitteln kämpfen Anwohner im noblen Zooviertel Hannovers gegen die Umbenennung ihrer Straße in Loebensteinstraße. Ein Gericht wies ihre Klage ab

Von Nadine Conti

Am Ende wird es dann schon sehr spitzfindig: Mit allen Mitteln versuchen sich ein Dutzend Anwohner im Hannoverschen Zooviertel gegen die Umbenennung ihrer Hindenburgstraße in Loebensteinstraße zu wehren.

Mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht zweifeln sie das Verfahren und die Begründung des Bezirksamtes an, argumentieren mit den Ausgaben für Briefpapier, Visitenkarten und die Werbebanner im Tennisclub. Einer glaubt sogar, seine Glaubwürdigkeit als Autor wissenschaftlicher Aufsätze könnte angezweifelt werden, wenn eine Google-Suche seiner internationalen Leserschaft ergäbe, dass seine Adresse nicht länger existiert.

Seit vier Jahren wird um diese Umbenennung gestritten. Es ist vielleicht kein Zufall, dass das hier so lange dauert. Die Hindenburgstraße ist nicht irgendeine Adresse, sondern eine ziemlich teure. Die Anzahl der Menschen, die selbst Juristen sind oder es sich leisten können, einen zu bezahlen, ist entsprechend hoch. Die CDU-Parteientrale residiert hier, Ex-Kanzler Schröder wohnt ums Eck.

Dabei – das betont auch die zuständige Verwaltungsrichterin in diesem Verfahren noch einmal – kann man nicht behaupten, dass der für die Entscheidung zuständige Bezirksrat sich die Entscheidung leicht

gemacht hätte. Er hat das Umbenennungsverfahren 2018 eingeleitet, nachdem eine vom Rat beauftragte Begleitkommission dies empfohlen hatte.

Diese Kommission – in der Historiker, Vertreter der Kirchen, der jüdischen Gemeinde und des DGB saßen – hatte zuvor fünf Jahre lang Straßennamen unter die Lupe genommen. Allerdings auch nur diejenigen, bei denen Namensgeber in der NS-Zeit noch aktiv gewesen sind – frühere Epochen blieben unbeachtet. Von den 493 überprüften Namen wurde bei 476 die Beibehaltung empfohlen. Bei ganzen 17 wurde nach einer umfangreichen Begutachtung der Biografien die Umbenennung empfohlen.

Diese Umbenennung – auch das wurde zum Thema in dieser Gerichtsverhandlung – ist seit der Reform des niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes 2010 Sache der Bezirksräte. So hat es das Land bestimmt. Vorher war dies aber Sache des Rates – der hat daher auch, zum Teil schon vor Jahrzehnten, Grundsätze erarbeitet, nach denen diese Überprüfungen und Umbenennungen abzufragen haben. Und er hat eben diesen Beirat beauftragt.

Aber müsste dann, fragen die Kläger, nicht überall gleichermaßen entschieden werden? Wie kann es sein, dass der eine Bezirksrat im Stadtteil Mitte sich zur Umbenennung entscheidet und ein anderer, in dessen Ge-

biet eine nach Hindenburg benannte Schleuse liegt, nicht? Nun, sagt die Vorsitzende Richterin, der Rat und die Stadtverwaltung könnten eben nur Empfehlungen abgeben, die Stadtbezirksräte sind frei in ihrer Entscheidung.

Und natürlich sind dies letztlich Spitzfindigkeiten, bei denen es eigentlich um etwas anderes geht: Die Anwohner finden, ihr Votum als Betroffene sollte mehr ins Gewicht fallen. Tatsächlich hatten sich Stadt und

Auf eine Debatte über die Rolle Hindenburgs wollte sich das Gericht gar nicht erst einlassen

Bezirksrat alle Mühe gegeben, Bürger einzubinden, vor allem nachdem sich erste Proteste formierten und Unterschriftenlisten die Runde machten.

Da wurden Befragungen im Auftrag gegeben, Namensvorschläge entgegen genommen, es gab eine Reihe von turbulenten öffentlichen Sitzungen. Fast immer zeigte sich dabei, dass es zwar im politischen Raum und bei anderen Einwohnern durchaus ein paar Sympathien für eine Umbenennung gab, bei den unmittelbar Betroffenen aber eher nicht.

Bei einer schriftlichen Befragung der Anwohner der Hindenburgstraße waren 99 Prozent gegen die Umbenennung – damit argumentieren die Kläger gern. Allerdings: es hatten auch nur 32 Prozent geantwortet. „Die Erfahrung zeigt, dass eher die Unzufriedensten sich rühren“, sagt Richterin Andrea Reccius, „wir wissen schlicht nicht, wie die anderen 68 Prozent darüber denken“.

Am Ende votierte im Bezirksrat eine knappe Mehrheit von zehn rot-rot-grünen Stimmen gegen sieben schwarz-gelbe Stimmen dafür, dass die Straße künftig nach der von den Nazis im Alter von zehn Jahren ermordeten Lotte-Lore Loebenstein heißen soll, statt nach Hitlers Steigbügelhalter. Diese demokratische Entscheidung sei nicht zu beanstanden, es seien alle wesentlichen Punkte in der Debatte berücksichtigt und abgewogen worden, befand das Gericht.

Auf eine Debatte über die historische Rolle Paul von Hindenburgs über die beide Streitparteien Gutachten hatten anfertigen lassen, wollte es sich dabei gar nicht erst einlassen. „Man kann das sicher unterschiedlich bewerten, aber das ist in den Debatten ja auch deutlich geworden“, sagte die Richterin. Das alte Bild vom greisen Kriegshelden, der am Ende seines Lebens nicht mehr so richtig mitbekommen habe, was diese Nazis da eigentlich vorhätten, habe durch die neuere Forschung jedenfalls deutliche Risse bekommen, zitiert sie aus der Begründung des Beirates.

nachrichten

Holsten-Quartier gestoppt

Der wegen seines Geschäftsglücks beim Großbauprojekt Holsten-Quartier schon lange in der Kritik stehende Investor Adler Group ist bei der Stadt Hamburg endgültig in Ungnade gefallen. Nachdem der Senat zuletzt Zweifel geäußert hatte, dass der finanziell angeschlagene Konzern den Bau von mehr als 1.000 Wohnungen über-

haupt noch stemmen könnte, zog die Stadt nun vorerst den Stecker. Es seien sämtliche Maßnahmen im Rahmen des laufenden Bebauungsplanverfahrens ausgesetzt worden, sagte Altonas Bezirksamtsleiterin Stefanie von Berg (Grüne). Die Stadtentwicklungsbehörde lässt nun zudem alle Geschäftsbeziehungen mit der Adler Group überprüfen. (dpa)

Kliniken kritisieren Gesetz

Die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) sieht Nachbesserungsbedarf beim Gesetzentwurf zur Neufassung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes. Dem darin formulierten Ziel einer Neuordnung der Krankenhausstrukturen werde zwar ausdrücklich zugestimmt, hinsichtlich der konkreten Umsetzung gebe es

jedoch noch Schwachstellen, erklärte die NKG. Der von den Regierungsfractionen eingebrachte Entwurf wird am Donnerstag im Sozialausschuss des Landtags beraten. Nach Ansicht der NKG fehlen in dem Gesetzentwurf „unverständlicherweise jegliche Ansätze zur besseren finanziellen Ausstattung der Krankenhäuser“. Auch „umfangreiche bürokratische Überregu-

lierungen und Reglementierungen“ kritisierte Verbandsdirektor Helge Engelke. (epd)

Missbrauchszeugen gesucht

Auf einer Kinderfreizeit der evangelischen Kirchengemeinde Heikendorf bei Kiel im Sommer 1972 ist offenbar ein Junge sexuell missbraucht worden. Der damals 10-jährige hatte sich im vergangenen Jahr an die

Präventionsstelle der Nordkirche gewandt. Jetzt suchen die Kirchengemeinde und der Kirchenkreis Altholstein nach Zeugen. An acht von 14 Teilnehmer der reinen Jungenfreizeit seien Anfang der Woche Briefe mit der Bitte um Hinweise verschickt worden, wie Propst Almut Witt am Mittwoch in Heikendorf mitteilte. Unter Verdacht steht der Leiter der Jungenfreizeit, der da-